

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Rocard macht Vorschläge

Frankreichs Premierminister Michel Rocard hat am Montag über Radio Vorschläge zur Entschärfung der Tarifkonflikte gemacht. So sollen zwei Ausschüsse gebildet werden und noch diese Woche mit den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes in Verhandlungen treten. Den Krankenschwestern machte er zusätzlich zu den Tarifverträgen vom Wochenende Zugeständnisse.

Bombenanschlag in Südafrika

Bei einem Terroranschlag in Südafrika sind am Montag früh zwei Schwarze ums Leben gekommen. Ausserdem wurden laut Angaben der Polizei 40 Menschen verletzt, als eine Autobombe auf dem Parkplatz vor einem Einkaufszentrum in Witbank (rund 120 km östlich von Johannesburg) explodierte. Die Zahl der Terroranschläge im Lande hat vor den Gemeinderatswahlen vom Mittwoch erheblich zugenommen.

Guerilla befreit Häftlinge

El Salvadors Befreiungsorganisation Farabundo Marti hat in der Stadt Ilobasco ein Gefängnis gestürmt und dabei 131 Häftlinge befreit, darunter mehrere Politiker, welche als Helfer und Anhänger der Guerilla in Haft waren. Laut Militärangaben vom Montag wurde das Gefängnis praktisch ohne Blutvergiessen erobert.

Zentrale der Grünen durchsucht

Beamte der Bonner Staatsanwaltschaft haben am Montag die Parteizentrale der «Grünen» durchsucht. Diese Aktion erfolgte im Rahmen des laufenden Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der Lohnsteuerhinterziehung, Vorenthaltung von Arbeitsentgelt sowie der Untreue bei der Renovierung des parteieigenen Hauses «Wittgenstein» bei Bonn.

Ölpreis fällt

London (spk/dpa) Die Preise an den internationalen Ölmärkten sind am Montag als Reaktion auf den Fehlschlag der Opec-Beratungen vom vergangenen Wochenende in Madrid gefallen. In London notierte die meistgehandelte Nordsee-Ölsorte Brent mit 12,65 Dollar je Barrel (159 Liter) verglichen mit 13,45 Dollar am Freitag.

Die offenkundige Unfähigkeit der Ölminder der acht wichtigsten Mitglieder der Organisation erdölexportierender Länder (Opec), sich auf eine Produktionsbegrenzung angesichts des gegenwärtigen Überangebots an Öl zu verständigen, hat an den internationalen Märkten Enttäuschung ausgelöst.

In Madrid hatten sich die beiden Opec-Ausschüsse für Preisüberwachung und für langfristige Strategien zu einer gemeinsamen Sitzung getroffen. Es gelang den Ministern aus Algerien, Indonesien, Iran, Irak, Kuwait, Nigeria, Saudi-Arabien und Venezuela nicht, eine Verständigung zwischen den bisherigen Kriegsgegnern Iran und Irak über die künftige Ölproduktion zu erreichen.

Materielle Verbesserungen auf dem IV-Sektor

Mit der Viertelsrente und dem neuen Taggeldsystem werden die Invaliden besser gestellt

(G.M.) – Unsere behinderten Mitmenschen werden, nachdem der Landtag einstimmig die Abänderungsanträge der Regierung verabschiedete, materiell besser gestellt. Die verfeinerte Abstufung bei der Bemessung der IV-Renten entspricht einem schon früher geäusserten Sozialpostulat, das nun im entsprechenden gesetzlichen Rahmen verwirklicht wurde. Die Verfeinerung sollte dazu beitragen, dass bei der Bemessung der IV-Renten die bis anhin unvermeidlichen Härtefälle weitgehend ausgeschlossen werden können.

Schon während der Eintretensdebatte zum Abänderungsvorschlag, die noch vor der Sommerpause durchgeführt wurde, äusserte sich der FBP-Abgeordnete Heinz Ritter positiv zur Vorlage und sprach davon, dass die vor einigen Jahren eingeführte Härtefallsrente nicht in jedem Fall zu einer Behebung der Probleme geführt habe. Die Neubestufung des Invaliditätsgrades mit der Einführung von Viertelsrenten für Invalide mit einem Invaliditätsgrad von 40 bis 49 Prozent erachtete er, der sich in der Detailberatung mit verschiedenen weiteren Änderungsvorschlägen hervortrat, als eine gerechte Regelung. Die neue Abstufung ist nach seiner Auffassung vor allem auch

deshalb richtig, weil der Besitzstand der bisherigen IV-Rentner durch die Neuregelung nicht nachteilig berührt werde.

Einführung von Viertelsrenten

Die verschiedenen Änderungen im IV-Gesetz, die eine Reihe von materiellen Verbesserungen für die behinderten und benachteiligten Glieder unserer Gesellschaft bringen werden, sollen auf den 1. Januar 1989 in Kraft treten. Für die Bemessung der IV-Renten kann auf diesen Stichtag ein dreistufiges System als Grundlage herangezogen werden. Für einen Invaliditätsgrad von 40 bis 49 Prozent wird künftig eine Viertelsrente ausgerichtet, für einen Invaliditätsgrad von 50 bis 66% Prozent eine halbe Rente und bei einem Invaliditätsgrad von 66% bis 100 Prozent eine ganze Rente. Für die Versicherten ist eine ohne Zweifel von Vorteil, wenn bereits ab einem Invaliditätsgrad von 40 Prozent ein von den finanziellen Verhältnissen unabhängiger Rentenanspruch entstehen kann. Dafür wird die Härtefallregelung, die nach Angaben der Regierung in der Praxis in unserem Land praktisch keine Bedeutung erlangte, wieder aufgehoben.

Taggelder für Jugendliche

Eine namhafte Verbesserung des IV-

Gesetzes stellt auch die Einführung der Taggelder für Jugendliche in erstmaliger Ausbildung dar. Das geltende Gesetz gestattete keine Ausrichtung von Taggeldern an Versicherte in der erstmaligen beruflichen Ausbildung und an minderjährige Versicherte, die noch nie erwerbsfähig waren. Mit der vom Landtag genehmigten Änderung wird nun der Grundsatz «Eingliederung vor Rente» für die jungen Behinderten verwirklicht, wobei zur Eingliederung nach Auffassung der Regierung auch die Ausrichtung eines Taggeldes gehört.

Beachtenswert ist auch die Änderung des Taggeldsystems, nach dem die bisherige unterschiedliche Behandlung von Verheirateten und Alleinstehenden mit Kindern einerseits und übrigen alleinstehenden Personen andererseits aufgegeben wird. Die vom Landtag einstimmig verabschiedete Lösung schliesst sich an die Regelung der Kranken- und Unfallversicherung an und sieht ebenfalls ein Taggeld von 80 Prozent des massgebenden Erwerbseinkommens vor, wobei der höchstversicherte Tagesverdienst und der höchstversicherte Jahresverdienst von der Regierung auf dem Verordnungswege festgelegt werden können.

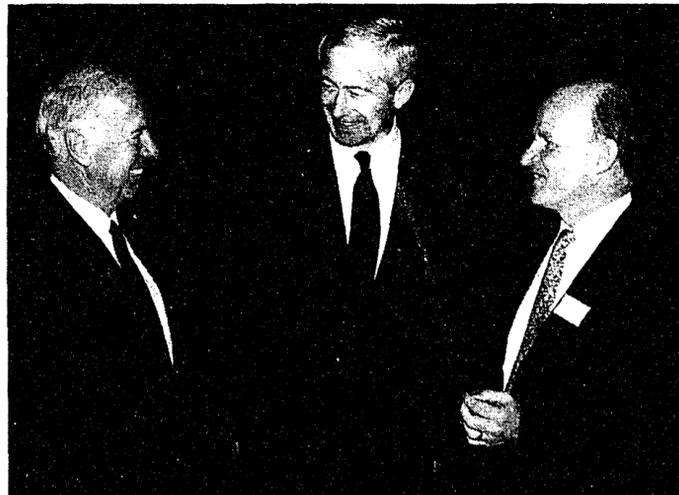
«Brainstorming» zum europäischen Integrationsprozess

EG- und EFTA-Vertreter trafen sich zu zweitägiger Konferenz in Triesenberg

Am vergangenen Donnerstag und Freitag trafen sich auf Veranlassung des Centre for European Policy Studies (CEPS) in Brüssel EFTA- und EG-Vertreter zu einer sogenannten «Brainstorming-Conference» in Triesenberg. Zum Abschluss der Tagung lud S. D. Erbprinz Hans Adam die Konferenzteilnehmer am Freitagabend zu einem Empfang auf Schloss Vaduz.

Die CEPS-Konferenz stand im Zeichen der Diskussion um den europäischen Integrationsprozess. Das CEPS beabsichtigt, bis 1991 ein breit angelegtes Studienprogramm über die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den EFTA-Ländern zu realisieren.

Im Vorfeld der im kommenden Januar beginnenden Studie fand nun in Triesenberg eine sogenannte «Brainstorming-Conference» statt, an welcher Vertreter der EG-Behörden, der EFTA, der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft der EG- und EFTA-Staaten teilnahmen. Als liechtensteinische Vertreter dabei waren unter anderem S. D. Prinz Nikolaus, Dr. Benno Beck, Amt für Volkswirtschaft, Roland Marxer und sein Mitarbeiterstab vom Amt für internationale Beziehungen, Dr. Bruha vom Liechtenstein-Institut sowie Vertreter von einheimischen Wirtschaftsunternehmen.



Zum Abschluss der zweitägigen Konferenz in Triesenberg lud S. D. Erbprinz Hans Adam die Tagungsteilnehmer am Freitagabend zu einem Empfang auf Schloss Vaduz. Links im Bild Dr. Benno, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, rechts Peter Ludlow, Direktor des Centre for European Policy Studies in Brüssel.

Notwasserung auf dem Bodensee

Heissluftballons landeten im kalten Wasser

Bregenz/Lindau (spk/dpa) Insgesamt 21 Teilnehmer einer missglückten Heissluftballon-Wettfahrt sind am Wochenende im Gebiet von Bregenz und Lindau mit dem Schrecken davongekommen. Einbrechende Dunkelheit und die ausgehenden Gasreserven zwangen die Ballonflieger zur Notwasserung auf dem Bodensee.

20 Ballone waren am späten Samstag nachmittag von Bregenz aus zu einer Wettfahrt gestartet. Einbrechende Dunkelheit, schlechte Windverhältnisse und zu Ende gehendes Gas zwangen 7 Gefährte zu einer Notwasserung im zwölf Grad kalten Bodensee. Die Ballonfahrer, die keine Schwimmwesten mit sich führten, wurden nach mehrstündigem Einsatz von österreichischen und deutschen Rettungsbooten unverletzt geborgen.

Probleme beim Start

Den 7 Heissluftballonen drohte die unfreiwillige Wasserung im Gebiet Lindau-Bregenz-Fussach schon kurz nach dem Start zur «Gordon-Bennett-Wettfahrt».

Von der österreichischen Gendarmerie alarmiert, rückten Zollboote aus Bregenz und Friedrichshafen sowie Boote der Wasserschutzpolizei Friedrichshafen und Lindau aus. Sie nahmen die um Hilfe rufenden Ballonfahrer ins Schlepptau und brachten sie ans Land. Ein Heissluftballon landete direkt auf dem Achterdeck des aus Lindau herbeigeilten Polizeibootes «Hecht». Das seltsame Gespann gelangte sicher in den Hafen von Lindau.

Ein anderer Ballon, von einem kleineren Boot gezogen, machte sich kurz vor der Hafennole selbständig, streifte den Lichtmasten des Leuchtturms von Lindau und verging sich. Die drei Mann Besatzung, die aus dem Korb zu stürzen drohte, wurde von Passanten gerettet, die den Ballon schliesslich festbanden. Nach Angaben der Wasserschutzpolizei Lindau vom Montag bestand für einige der notwassernden Ballonfahrer vorübergehend Lebensgefahr, da die Sportler nicht die geeignete Rettungskleidung mit sich führten und die Wassertemperatur der Jahreszeit entsprechend niedrig war.

Senkung der Grundbuchgebühren

Die Gebühren für Eintragungen im Grundbuch werden, wie auch der Leiter des Grundbuchamtes, Hubert Kaiser, in einem Gespräch mit dem VOLKSBLATT bestätigte, in der Öffentlichkeit als zu hoch betrachtet. Die FBP-Landtagsfraktion hat deshalb dem Landtag einen Gesetzesvorschlag unterbreitet, der eine Änderung der bestehenden Gebührenordnung vorsieht. Nach dem ausformulierten Gesetzesvorschlag soll die Protokollgebühr für die Begründung von Stockwerkeigentum auf 100 Fr. (bisher 200 Fr.) gesenkt werden. In der bisherigen Höhe soll jedoch die Protokollgebühr für die Errichtung anderer öffentlicher Urkunden bleiben, die 1 Prozent des Wertes der zu beurkundenden Erklärung oder des Rechtsgeschäftes umfasst, mindestens jedoch 50 Fr. und höchstens 5000 Fr.

Eine weitere Senkung sieht der FBP-Gesetzesvorschlag für die Eintragung des Eigentums vor: Für den Wert bis 600 000 Fr. (bisher nur 350 000 Fr.) sollen künftig nur noch 5 Promille des Wertes (bisher 8 Promille) verlangt werden, mindestens jedoch 20 Fr. Für einen 600 000 Fr. übersteigenden Wert sieht die Vorlage eine Senkung auf 10 Promille des Wertes (bisher 15 Promille) vor.

Für die Eintragung von Grundpfandrechten wird eine Senkung auf 2 Promille des Pfandtitels, mindestens jedoch 10 Fr. vorgeschlagen. Bisher waren die Gebühren gestaffelt: Bis 250 000 Fr. musste ein Anteil von 2,5 Promille bezahlt werden, über 250 000 Fr. betrug der Anteil 5 Promille.

Aus der VU-Fraktion wurde ein Vorstoss zur Änderung des Grundverkehrsgesetzes im Landtag eingereicht. Die VU-Abgeordneten verlangen mit einer Motion die ersatzlose Streichung der Bestimmung, dass beim Rückkauf von Boden aus ausländischem Besitz durch einen liechtensteinischen Landesbürger ein «berechtigtes Interesse» geltend gemacht werden kann. Der Rückkauf von Grundstücken aus ausländischem Besitz diene der Auffassung der VU-Fraktion in den letzten Jahren der Bodenhortung, da die liechtensteinischen Käufer in der Regel bereits Bodenbesitz vorweisen konnten.

Der VU-Abgeordnete Beat Hasler reichte im Landtag eine Interpellation ein, mit der er die Regierung anfragte, was sie zu tun gedenke, um den ungehinderten Wasserabfluss aus dem Gemeindegebiet Ruggell und Schellenberg sicherzustellen.

Einfuhrverbot für spanische Einhufer

Bern (spk) Der Ausbruch der afrikanischen Pferdepest in Spanien hat Folgen für die Schweiz und unser Land. Das Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) hat am Montag mit sofortiger Wirkung den Import und die Durchfuhr von Einhufern aus Spanien verboten. Verboten wurde ebenfalls die Einfuhr von Pferdefleisch und andern Waren, durch welche Seuchen übertragen werden könnten.

Nachdem das Importverbot für Pferde, Esel, Halbesel, Zebras, Maultiere und Maulesel sowie Pferdefleisch aus Spanien erst im vergangenen September aufgehoben wurde, musste es nun erneut erlassen werden, nachdem Anfang Oktober in den Provinzen Cadix und Malaga an drei verschiedenen Orten die afrikanische Pferdepest aufgetreten ist. In Europa kam die Krankheit bis September 1987 nicht mehr vor.

Schöner arbeiten mit LISTA

BB Center

A. BECK AKTIVGESELLSCHAFT
NEUBAU, FL. 9498 TRIESEN
TELEFON 075/2 93 77